

kehrsminister dieses Landes, der ausdrücklich in einem Schreiben diese Fälle noch einmal aufgelistet und gegenüber dem Flughafenkoordinator und dem Luftfahrtbundesamt deutlich gemacht hat, dass wir die notwendige Ahndung erwarten, weil wir wollen, dass dieser Flughafen in Düsseldorf nach Recht und Gesetz betrieben wird.

Mein Haus hält die Bezirksregierung Düsseldorf und im Übrigen auch den Flughafenkoordinator immer wieder zu einer noch intensiveren Handhabung der Überwachung zur Vermeidung von Verspätungen an. Da der beste Schutz gegen Verspätungen und gegen einen Missbrauch von Ausnahmeregelungen, die sein müssen und die es auch weiterhin geben wird, Transparenz ist, haben wir dafür gesorgt, dass es am Düsseldorfer Flughafen eine Transparenz wie an keinem anderen Flughafen der Republik gibt.

Lieber Herr Becker, nennen Sie mir einen einzigen Flughafen in der Bundesrepublik Deutschland, in dem ein solches Ausmaß von Transparenz erreicht wird wie am Düsseldorfer Flughafen!

(Beifall von der CDU)

Das ist das Ergebnis der Genehmigungspolitik dieser Landesregierung. Weil uns das immer noch nicht reicht und weil wir es im Übrigen auch leid sind, dass wir alle paar Monate von Ihnen einen Antrag präsentiert bekommen, der eigentlich nur einen einzigen Zweck verfolgt, nämlich bei den Menschen rund um den Düsseldorfer Flughafen den Eindruck zu erwecken, als könne man ohne Weiteres mal eben so mit einem Fingerschnippen dafür sorgen, dass eine Situation, die zugegebenermaßen belastend ist, mal eben ausgeräumt wird, werden wir künftig halbjährlich dem Landtagsausschuss für Bauen und Verkehr einen Verspätungsbericht vorlegen. Darin werden wir detailliert darüber Zeugnis ablegen, wie die Situation am Düsseldorfer Flughafen ist, und zeigen, dass wir als Landesregierung gegen Verstöße vorgehen, wenn es diese gibt. Gleichzeitig machen wir aber deutlich, dass dieser Flughafen mit einer Betriebsgenehmigung handlungsfähig bleiben muss, die ein Mindestmaß an Flexibilität an den Tag legt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, im Ergebnis haben die eingeführten Kontrollverfahren wesentlich dazu beigetragen, dass die Situation in Düsseldorf in der sensiblen Zeit nach 23 Uhr deutlich verbessert werden konnte. Tatsache ist, heute zum ersten Mal vom Kollegen Becker auch akzeptiert, nicht mehr geleugnet und zum ersten Mal nicht mehr mit Zahlen aus dem letzten Jahrzehnt belegt, sondern mit aktuellen Zahlen endlich ar-

gumentiert: Eine Gegenüberstellung des ersten Quartals der Jahre 2007 und 2008 zeigt, dass in dem Zeitraum von 23 Uhr bis 6 Uhr die Zahl der Landungen um 33 % – das entspricht immerhin 104 Flugbewegungen – abgenommen hat und die Zahl der Starts um rund 58 % reduziert werden konnte.

Das ist mit Blick auf die betroffenen Anwohner auf der einen Seite erfreulich; auf der anderen Seite gibt es nach wie vor genehmigte und legale und berechnete Verspätungen. Eine Null-Verspätungssituation zu fordern ist – das wissen Sie, Herr Becker – illusorisch. Dies kann bei keinem öffentlichen Verkehrsträger erreicht werden, weder bei Bus noch bei Bahn, noch bei Flugzeugen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister!

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Dennoch bleiben alle unmittelbar Beteiligten aufgefordert – das sind die Luftverkehrsgesellschaften, der Flughafenkoordinator, der Flughafen und die Luftaufsicht – im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten dafür zu sorgen, Verspätungen möglichst zu vermeiden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6876**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6161 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. – Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Die Beschlussempfehlung ist **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Forstdienstausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6795

erste Lesung

Zur Einbringung hat der Umwelt- und Landwirtschaftsminister Uhlenberg für fünf Minuten das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur Umsetzung der Ziele der Bologna-Erklärung ist eine grundlegende Umstrukturierung des Studiensystems erforderlich. Auch an den forstwirtschaftlichen Hochschulen sind daher Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt worden.

Mit der vorliegenden Änderung des Forstdienstausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen sollen die Zwangsvoraussetzungen für die Vorbereitungsdienste für den gehobenen und für den höheren Forstdienst dieser Entwicklung angepasst werden. Im Zuge der Reformierung des Hochschulbereichs ist auch die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern vorgesehen.

Zurzeit ist eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen in Vorbereitung, die es ermöglichen soll, dass die Laufbahnprüfung für den höheren Forstdienst ab dem Frühjahr 2009 vor dem Prüfungsausschuss für den höheren Forstdienst des Landes Niedersachsen abgelegt werden kann. Dem Prüfungsausschuss werden auch Mitglieder aus dem Land Nordrhein-Westfalen angehören.

Um die neue Regelung bereits ab dem Jahr 2009 umsetzen zu können, ist es erforderlich, die bislang im Forstdienstausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Übergangsvorschriften für bereits eingestellte Referendare aufzuheben. Der Hintergrund der beabsichtigten Neuregelung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht darin, dass sich die Zahl der Forstreferendarinnen und Forstreferendare in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hat. Die Anzahl der Prüflinge steht daher in keinem adäquaten Verhältnis zur Zahl der Mitglieder der für die Annahme der Laufbahnprüfung zu bildenden Prüfungskommission sowie zu dem organisatorischen und finanziellen Aufwand. – Ich bitte um entsprechende Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/6795** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Ist je-

mand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung des Gesetzentwurfs einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Zugang zu Prüfungen während einer Beurteilung aufgrund von Familienarbeit ermöglichen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6864

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über das weitere Verfahren. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/6864** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – und an den **Ausschuss für Frauenpolitik**. Die abschließende Beratung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrages einstimmig beschlossen.

Ich rufe nun auf:

12 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 37

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/2583	–	ABV
14/5580	–	ASchW
14/5709 (EA)	–	ASchW
14/5723 (EA)	–	ASchW
14/5778	–	AUNLV
14/6000	–	ABV
14/6293	–	HFA
14/6321	–	AUNLV
14/6697	–	AUNLV
14/6753 (EA)	–	AUNLV
14/6777 (EA)	–	AUNLV

Drucksache 14/6877

Die Übersicht 37 enthält sieben Anträge, die vom Plenum nach § 79 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden, sowie vier Entschließungsanträge, die in den Ausschüssen zur Abstimmung